

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettzelle 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zelle 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Gustav Sternitzky †. — Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung im Jahre 1905. — Augsburgener Brief. — Zwickauer Brief. — Aus Magdeburg. — Korrespondenzen (Berlin I, Berlin II, Berlin III, Bremen, Chemnitz, Leipzig). — Rundschau. — Anzeigen.

Gustav Sternitzky †.

Einen schweren Verlust hat unsere Organisation, speziell die Berliner Kollegenchaft zu beklagen. Kollege Gustav Sternitzky, der Kassierer und Arbeitsnachweiser der Zahlstelle Berlin II, ist uns am 17. Mai d. J. durch den Tod entzogen worden. In ihm verlieren wir nicht nur eines der ältesten Mitglieder, sondern auch einen eifrigen und tüchtigen Verwaltungsbeamten. Während seiner 17jährigen Organisationszugehörigkeit hat er stets eifrig am Ausbau sowohl des seinerzeitigen Interessenvereins wie auch in der Ortsverwaltung, nachdem der Verband gegründet wurde, mitgearbeitet. Im Verbandsvorstande selbst wirkte er drei Jahre durch als Revisor. Nach dem Abgehen des Kollegen Zahns übernahm Kollege Sternitzky vor 4 Jahren den Arbeitsnachweis der Zahlstelle II, den er mit großem Geschick leitete. Trotz der eiserne Disziplin, über die er wie kein anderer wachte, verstand er es, durch strenge Redlichkeit und Charakterfestigkeit sich das Vertrauen und die Achtung aller, die mit ihm in Berührung kamen, zu erwerben. Obwohl er bereits leidend war, folgte er bereitwillig dem Rufe seiner Kollegen und übernahm noch das schwere und verantwortungsvolle Amt des Kassierers. Auch auf dem Doppelposten bewährte sich seine unermüdete Arbeitskraft, bis ihn nach kurzem Kranklager der Tod von seiner Stelle rief.

Der Verstorbenen ist uns stets ein Beispiel ruhiger und selbstloser Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit gewesen, dem wir bestrebt sein müssen nachzueifern. Das Andenken an Gustav Sternitzky werden wir in Ehren halten.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Seidelberg. Kassierer ist Rudolf Engler, Krämergasse 11, III.

Bremen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brautstr. 16, II. Etage, und ist vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr geöffnet. Nachweiserin ist Kollegin Dora Falke.

Der Verbandsvorstand.

Die Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung im Jahre 1905.

In den jüngsten Reichstagsdebatten hat die enorme Entwicklung der Rentenlasten an Regierungsstiche wieder einmal starke Beunruhigung hervorgerufen und den Staatssekretär Graf v. Posadowsky zu scharfen Redewendungen gegen die „Erschleichung von Renten“ und die geradezu demoralisierende Bewilligung unbedienter Renten veranlaßt. Diese Ausführungen, die schon gebührend zurückgewiesen wurden, finden eine eigenartige Kommentierung durch die kürzlich veröffentlichten Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung vom Jahre 1905. Dieselben ergeben ein ständiges

Zurückgehen der Invaliden- und Altersrenten, das durch die folgende Uebersicht der seit 1900 bewilligten Renten erkennbar wird:

	Invalide Renten	Kranken Renten	Alters Renten	Renten auf.
1900	124 588	6 463	19 790	150 841
1901	129 234	7 391	14 759	151 384
1902	141 484	8 695	12 816	162 992
1903	150 209	8 977	12 374	171 560
1904	142 296	10 517	12 069	164 882
1905	124 111	11 833	10 716	146 660

Danach ist die Zahl der Invalidenrenten, anstatt der natürlichen Steigerung zu folgen, 1905 noch unter den Stand von 1900 herabgegangen, während die Zahl der Altersrenten von Jahr zu Jahr immer geringer wird. Nur die Krankenrenten, die nur als vorübergehende bewilligt werden, sind in natürlicher Steigerung begriffen. Das erhellt wahrlich nicht, daß der Bewilligungsseifer der Versicherungsanstalten ein bedenklich reger wäre. Bedenklich ist im Gegenteile der Eifer der Nichtbewilligung von Renten, der Abweisung von Rentenansprüchen, der nach feststehenden Erfahrungen zahlreiche gerechtfertigte Anträge trifft. Viel eher als von einer Rentensucht der Versicherten wäre von einer Sucht der Versicherungsanstalten, an Renten zu sparen, zu reden, und wenn schon eine Belastung der Gesamtheit zugunsten einiger Tausend Invalidenrentner mehr Anlaß zu Bedenken böte, so wird die Entlastung der Gesamtheit zugunsten Tausender von Invaliden zu einer direkten Gemeingefahr. Wenn wirklich das Budget der Versicherungsanstalten mit der Entwicklung der Rentenlasten nicht gleichen Schritt zu halten vermöchte und der Zeitpunkt, an dem die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, heute schon voranzuziehen wäre, so ist dies doch kein Anlaß, berechnigte Rentenansprüche abzuweisen, sondern muß dazu anspornen, für das erwartete Defizit eine Deckung zu suchen. Hat man den Umfang der Invalidität unterschätzt, was angesichts der intensiveren Ausnutzung der Arbeitskräfte nahelegend erscheint, und danach die Beiträge zu niedrig veranschlagt, so muß eben die Beitragshöhe mit den notwendigen Ausgaben in Einklang gebracht werden. Vor allem aber würde schon eine Erhöhung des Reichszuschusses Deckung gegen etwaige Überlastung der Versicherungsanstalten gewähren. Davon wollen freilich unsere Reichstenker nichts wissen; sie sind bereit, dem Militarismus, dem Marinismus, der Welt- und Kolonialpolitik jährlich Milliarden in den Schlund zu stoßen, aber den Reichszuschuß für die Arbeiterversicherung von 50 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen, das erscheint ihnen durchaus unfassbar. Lieber schimpft man von Regierungsstiche aus auf die Demoralisierung der Arbeiter, die sich Renten zu erschleichen suchten, obwohl die systematische Herabdrückung der Rentenzahl allein schon die Vermutung nahelegen muß, daß da Tausenden von Unglücklichen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit ganz erheblich beeinträchtigt sind, bitteres Unrecht geschieht.

Wie gestaltet sich die finanzielle Entwicklung der Versicherungsanstalten. Die Einnahmen in den Versicherungsanstalten betragen in den Jahren

	Einnahme insges.	davon aus Beiträgen	Zunahme d. Einnahmen
1900	143 818 506	117 978 597	—
1901	151 801 446	128 492 289	+8 482 940
1902	158 800 419	127 785 638	+6 998 978
1903	168 213 656	134 656 955	+9 418 287
1904	177 631 340	141 912 258	+9 417 684
1905	187 096 495	148 968 617	+9 465 155

Die Zunahme an Einnahmen ist also in den letzten Jahren, nachdem das Jahr 1900 eine Mindereinnahme, entsprechend dem Rückgange der Versicherten ergab, ziemlich konstant auf 9,4 Millionen Mark geblieben. Der Mehrerlös aus Beiträgen schwankt seit 1901 zwischen 4,3 und 7,3 Millionen Mark.

Die Ausgaben für Renten und Beitragserstattungen seitens der Versicherungsanstalten ergaben in diesen Jahren folgendes Zahlenbild:

	Renten der Verf.-Anstalt	Reichszuschuß	Zunahme d. Ausgaben für Renten
1900	49 687 682	30 713 389	—
1901	57 106 843	33 802 582	7 419 161
1902	66 034 937	37 755 815	8 928 094
1903	75 295 801	41 732 838	9 258 364
1904	88 573 871	45 125 431	8 280 570
1905	89 553 429	47 174 086	5 979 658

Danach steht der Zunahme der Gesamteinnahmen seit 1900 von 43 777 989 Mk. eine Steigerung der Rentenausgaben um 39 865 743 Mk. gegenüber. Dazu kommen noch die Beitragserstattungen, die seit 1900 folgende Ausgaben aufweisen:

	Beitragserstattungen d. Verf.-Anst. des Reichs	Zunahme d. Verf.-Anst.
1900	6 616 030	690
1901	6 924 616	549
1902	7 138 683	413
1903	7 555 152	370
1904	7 857 344	324
1905	8 171 812	235

Diese Ausgaben stiegen in dem gedachten Zeitraum nur um 1 554 282 Mk., so daß also einer Mehreinnahme von 43 777 989 Mk. eine Mehrausgabe an Renten und Beitragserstattungen von 41 420 025 Mark gegenübersteht. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Ausgaben seit 1903 durch vermehrte Ablehnung von Rentenansprüchen künstlich dorniebergelassen wurden und daß ohne diese Praxis die Rentenausgaben bedeutend höher sein würden. Aber es ist eine ganz natürliche Erscheinung, daß die Steigerung der Rentenausgaben bei der Einnahmen überwiegt, erst mit dem Erreichen des Beharrungszustandes tritt hier ein völliger Ausgleich ein. Heute bieten die jährlichen Gesamteinnahmen indes noch eine fast doppelte Deckung für die gesamten Ausgaben für Renten und Beitragserstattungen, denn den Ausgaben für letztere (1905) im Betrage von 97 704 741 Mk. stehen Einnahmen in Höhe von 187 Millionen Mark gegenüber, also eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark. Diese Mehreinnahme eines einzigen Jahres deckt auf Jahrzehnte hinaus alle zu erwartenden Mehrausgaben für Renten und Beitragserstattungen. Angenommen, diese Mehrausgaben würden jährlich um 2 Millionen Mark rascher wachsen als die Mehreinnahmen (also für 1905 statt um 6,3 Millionen Mark um 11,5 Millionen Mark für Renten und Beitragserstattungen gegenüber 1904), so würden die Mehreinnahmen des Jahres 1905 von 90 Millionen Mark für mehr als 20 Jahre einen Ausgleich bieten. Die Mehreinnahmen für die nächsten Jahrzehnte sind aber auch noch ansehnlich genug, und hinter ihnen steht als Reserve das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten in Höhe von 1137 1/2 Millionen Mark. Danach kann also in Jahrzehnten von einer Gefahr für die Invalidenversicherung noch keine Rede sein, und die nächsten Jahrzehnte werden neue Mehr-

einnahmen bringen und das Vermögen vergrößern, bis das Beharrungsstadium erreicht ist. Und sollten wirklich die Rentenausgaben derart anwachsen, daß sie in 25-30 Jahren die Einnahmen übersteigen, so bieten sich durch Erhöhung des Reichszuschusses und durch Verbesserung der Einnahmequellen genug Wege zur Sanierung, ohne daß es nötig wäre, inwälbte Arbeiter um ihre Renten zu bringen. Was die Verbesserung der Einnahmen anbelangt, so denken wir dabei erst in letzter Linie an Beitrags-erhöhungen, zunächst vielmehr an eine bessere Beitrags-einzahlung, die den kolossalen Beitragsausfällen in den ostelbischen Versicherungsanstalten be-gegnet, und an die Aufhebung der Beitragsbefreiung der ausländischen Wanderarbeiter, wodurch Millionen an Einnahmen verloren gehen. Von 619 053 717 Wochenbeiträgen, die im Jahre 1905 eingingen und 148 963 617 Mk. Erlös brachten, entfielen 13,3 pCt. auf die (niedrigste), 1. Lohnklasse, 30,5 pCt. auf die 2. Klasse, 25 pCt. auf die 3. Klasse, 17,8 pCt. auf die 4. Klasse und 13,4 pCt. auf die 5. Lohnklasse. Von je 100 Mk. Beitragseinnahme brachte die niedrigste 1. Lohnklasse nur 7,61 Mk., die 2. Klasse 25,23 Mk., die 3. Klasse 24,97 Mk., die 4. Klasse 22,16 Mk. und die 5. (höchste) Klasse 20,03 Mk. Wie sehr diese Beitragsverhältnisse günstiger zu gestalten sind, beweist die Entwicklung des letzten Jahresfußes, das einen erheblichen Rückgang der beiden niedrigsten Lohnklassen, dagegen eine bedeutende Zunahme der höchsten Lohnklasse ergibt. Man vergleiche die folgende Zusammenstellung. Es entfielen von je 100 vereinnahmten

	Wochenbeiträgen					Beiträgen in Mark				
	1.	2.	3.	4.	5.	1.	2.	3.	4.	5.
1900	18,9	34,2	23,8	15,8	7,3	11,79	30,34	25,27	21,07	11,59
1901	17,9	33,6	23,9	16,2	8,4	10,90	29,40	25,09	21,35	13,26
1902	15,7	32,9	25,4	16,9	9,1	9,99	28,32	26,27	21,88	14,14
1903	14,6	32,4	25,9	17,4	9,7	8,62	27,59	26,00	22,28	14,93
1904	13,8	31,3	26,5	17,5	11,9	7,28	26,26	25,68	22,08	18,00
1905	13,8	30,5	25,0	17,1	13,4	7,81	25,23	24,97	22,16	20,03

Im Jahre 1891 umfaßten die beiden niedrigsten Lohnklassen noch 63,7 pCt. aller Beiträge (Zahl) und 53,93 pCt. der Beitragseinnahmen. Im Berichtsjahre ist dieser Anteil auf 43,8 pCt. der Beiträge und 32,84 pCt. der Einnahmen zurückgegangen. Heute sind es nur noch die ostelbischen Provinzen, in denen die niedrigste Lohnklasse bevorzugt wird. So entfielen auf die 1. Lohnklasse in Ostpreußen 43,1 pCt., in Posen 41,7 pCt., in Westpreußen 36,9 pCt., in Schlesien 31,2 pCt., in Pommern 30,2 pCt. und in Mecklenburg 27,8 pCt. aller Beiträge; selbst überwiegend landwirtschaftliche Bezirke wie Niederbayern, standen mit 7,8 pCt. unter dem Reichsdurchschnitt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den ostelbischen Provinzen gewohnheitsmäßig nur Beitragsmarken der niedrigsten Lohnklasse geklebt werden, auch da, wo der Verdienst der zweiten oder dritten Klasse entspräche. Dazu kommt, daß die Grundbesitzer das Privileg genießen, für die von ihnen beschäftigten ausländischen Wanderarbeiter keine Beiträge zahlen zu brauchen, wodurch den Versicherungsanstalten Hunderttausende von Mark alljährlich entzogen werden. Dafür müssen diese sich an den armen Invaliden schadlos halten, die man mit ihren Ansprüchen unter der Anklage der Rentenerschleichung abweist.

(Schluß folgt.)

Hugsburger Brief.

Langsam durchdringt auch hier das Licht der Erkenntnis die von der hier herrschenden schwarzen reaktionären Gesellschaft wohlbehütete Finsternis. Das fortwährende Wachsen der modernen Gewerkschaften sowie der politischen Partei sind ein be-zeichnetes Zeichen, daß die vorfindlichen Aufschau-ungen, wie sie bis vor einigen Jahren noch unter der Hugsburger Arbeiterschaft vorhanden waren, ins Wanken geraten sind. Hoffnungsreichlich bilden die einzelnen Organisationen in die Zukunft, sind sie doch sicher, daß die bis jetzt noch bestehenden Schranken auf die Dauer den fortwährenden Anstürmen nicht mehr widerstehen können. Wägen auch tausende und hunderttausende von Mark, die ehemals von den Arbeitern herausgeschunden wurden, jetzt von den Kapitalisten verwendet werden, um gelbe Gewerkschaften oder, wie man sagt, Organisationen

der Unorganisierten zu gründen und hochzuhalten. Die modernen Gewerkschaften schreien das nicht zu-ried, sie treten täglich in neue Kämpfe und erringen täglich neue Siege. Auch die Hilfsarbeiter und Ar-beiterinnen der Druckereien in Augsburg beginnen sich langsam zu regen, um das auf ihnen leider viel zu lange schon lastende Joch abzuschütteln. Auch sie sind zu der Anschauung gekommen, daß alle die von frommer Sitte und Moral triefenden Druckerei-Inhaber nur dann etwas für die Arbeiterschaft tun, wenn sie durch die Macht der Organisation hierzu gezwungen werden.

Den drastischsten Beweis hierzu hat allerdings erst unsere Zahlstelle unserer Kollegen und Kol-leginnen durch den vorjährigen halbtägigen Streik bei der Firma Burger, der mit einem vollen Sieg für das Personal endete, erbringen müssen.

Schlechter noch wie in vorgenannter Firma la-gen aber die Lohnverhältnisse in der Lithographi-schen Anstalt W. H. Fief, Augsburg, und es war selbstverständlich, daß unsere Verwaltung längst auf eine günstige Gelegenheit wartete, um hier einmal gründlich Remedur zu schaffen. Dieser Zeitpunkt war jetzt gekommen, da die größte Anzahl der dort beschäftigten Hilfsarbeiter Mitglieder unseres Ver-bandes geworden waren. Der Vorsitzende der Zahl-stelle, Kollege Schmid, reichte im Auftrage der Kol-legenschaft Lohnforderungen bei der Firma ein, die in Form eines Arbeitsvertrages festgelegt werden sollten. Die Firmeninhaberin Frau Fief lehnte je-doch Verhandlungen mit der Organisation ab und wollte mit ihrem Personal die Sache allein regeln. Tatsächlich wurden auch der Mehrzahl kleinere Auf-besserungen des Lohnes zugesagt, jedoch konnten wir, erstens weil die Organisation ausgeschaltet; zwei-tenz weil die Zugeständnisse zu minimale waren, uns nicht damit zufriedengeben. In einer am Mont-ag, den 13. Mai, stattgefundenen Geschäftsversamml-ung wurde man sich dahingehend einig, unter Hin-zuziehung des Gauleiters Albert Schmid-München nochmals zu versuchen, Verhandlungen mit der Firma anzuknüpfen. Telephonisch verständigt, leistete Kollege Schmid unserem Aufse sofort Folge, und Dienstag, den 14. Mai, nachmittags 4 Uhr, waren derselbe und Kollege Schmid bereits bei der Firma vorstellig. Wenn auch mit blutendem Herzen, so doch in der entgegenkommensten Weise verhan-delte nun Frau Fief und ihr Geschäftsführer zwei Stunden mit unserer Kommission und zwar mit dem Erfolge, daß sich nun die Lohnskala wesentlich an-derz für unsere Kollegenchaft, weit günstiger wie vor den Verhandlungen, gestaltete, sodaß unser Gau-leiter erklären konnte, im Einverständnis mit dem Zentralvorstand nun die Abmachungen unterzeich-nen zu können. Nachfolgender Tarifvertrag zwi-schen der Firma und unserem Verbande wurde vereinbart:

A. Lohnverhältnisse: 1. Steinschleifer 21 Mk. (vorher 17 Mk.); 2. Steinschleifer 19 Mk. (vorher 16 Mk.). Etikettenschläger: Für sämtliche gummierte und ungummierte Papiretiketten mit Aus-nahme der Nummern pro Mille 2,7 Pf., sind auf den Viertel- wie halben Bogen mehr wie 5 Num-mern, dann pro Mille 3,2 Pf., sind auf den Viertel- wie halben Bogen durchschnittlich 2-12 Mk. direkte Nummern, dann pro Mille 4 Pf. Bei größeren Abschlags-Etiketten tritt eine Aufbesserung von 0,3 Pf. pro Mille ein. Bei kleineren Abschlags-etiketten sowie bei Kartonetiketten bleibt der bisher gezahlte Preis.

Kollierinnen: Wochenlohn 10 Mk. (vorheri-ger Lohn 7,50 Mk.).

Aufnabrerinnen für die Schneidemaschine er-halten einen Lohnzuschlag von 25 pCt.

Anlegerinnen an den großen Maschinen Wochen-lohn 11,- Mk. (vorheriger Lohn 8,50-9,- Mk.). Lernende erhalten als Anfangslohn 9,50 Mk. (früher 6-7 Mk.), nach einem halben Jahr 10 Mk., nach einem Jahr 11 Mk.

Anlegerinnen an den kleinen Maschinen erhalten 10,50 (früher 8-8,50 Mk.), lernende Anfangslohn 9 Mk., nach einem halben Jahr 9,50 Mk., nach einem Jahr 10,50 Mk.

Bogenfängerinnen erhalten einen Wochenlohn von 9,50 Mk. (früher 6-8 Mk.), nach einem halben Jahr 10 Mk.

Anlegerinnen an der Gummiemaschine 10 Mk. (früher 8 Mk.).

Sonstige Hilfsarbeiterinnen Minimallohn von 9 Mk. (früher 6-7,50 Mk.).

Die beim Bronzieren und Abstäuben beschäftig-ten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Lohnzuschlag von 25 pCt.

Der Stundenlohn für über 18 Jahre alte Ar-beiter beträgt 35 Pf. Der in Betracht kommende Preßbursche erhält einen Wochenlohn von 11 Mk. (früher 9 Mark).

Für Lieberstunden werden 25 pCt., für Sonn-tagstarbeit 50 pCt. Zuschlag gewährt.

B Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist für sämt-liches Hilfspersonal eine neunstündige und beginnt früh 7 Uhr und endet abends 6 Uhr mit 1½-stün-diger Mittagspause und je 15 Minuten Freizeit.

C. Kündigungsfrist. Die Kündigungsfrist ist für beide Teile eine achtstägige.

D. Besonderes. Die Organisation der Ar-beiter wird von der Firma Fief anerkannt, Maßre-gelungen wegen Zugehörigkeit zum Verbands finden nicht statt. Jede verlesene Behandlung der Ar-beiter und Arbeiterinnen durch die Vorgesetzten unter-bleibt. Zur Schlichtung event. Differenzen ist eine von den Arbeitern zu wählende dreigliedrige Ver-tretung auszuweisen.

Vorstehender Tarifvertrag tritt am heutigen Tage in Kraft und gilt bis 1. Januar 1910.

Augsburg, den 15. Mai 1907.

Für die Firma: Wilhelm Fief.
Für die Arbeitgeber bzw. ihren Verband:
Albert Schmid, Gauleiter.

Die Feiertage wurden ohnehin bis dato schon bezahlt. Nach den dort gelagerten Verhältnissen bedeutet nun dieser Abschluß unbedingt einen großen Fortschritt unserer Kollegenchaft und wird weiter dazu beitragen, die uns noch fernstehenden der anderen Geschäfte zum Nachdenken zu veran-lassen. Für die Kollegen bei der Firma Fief er-wächst aber nun die Pflicht, fester denn je am Ver-bande festzuhalten, mitzuhelfen bei der großen Auf-kärungsarbeit, die in Augsburg noch notwendig ist. Euer heiligstes Bestreben muß es sein, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis alle die bis jetzt noch fernstehenden sich unserem Verbands angegliedert haben. Hunderte von Kollegen und Kolleginnen zeugen in den Augsburger Druckereien noch unter den erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen, zeigt ihnen den Weg, den sie zu gehen haben, um sich vor Ausbeutung und Unterdrückung zu schüt-zen. Bringt diesen Zweiflern an unserer gerechten Sache den Beweis, was einiges Zusammenstehen und die Macht der Organisation zu leisten imstande ist. Reicht ihnen brüderlich die Hand und stärkt ihren gesunkenen Mut und sagt ihnen, daß sie nicht zu verzweifeln brauchen, wenn sie unserem Aufse folgen und in unseren Reihen mit uns bestrebt sind, für alle unsere Arbeitsbrüder und Schwestern menschen-würdige Verhältnisse zu schaffen. Kollegen und Kolleginnen, erfüllet in diesem Sinne Eure Pflicht, dann wird es auch in Augsburg vorwärts gehen, trotz alledem und alledem.

M. S.

Zwidauer Brief.

Zweieundneunzig Tage haben die Zwidauer Prinzipale gebraucht, um uns auf unsere eingereich-ten Tarifforderungen endgültige Antwort zu geben. Wenn wir aber glaubten, daß man unseren Wün-schen nachkommen würde, weil wir es nur mit tarif-treuen Prinzipalen zu tun haben, so haben wir uns gewaltig getrrt. Gründe sind so billig wie Brom-beeren, das haben auch unsere Prinzipale gedacht, als sie uns folgendes Schreiben sandten, welches Diplomaten alle Ehre machen würde:

Zwidau, Sa., den 17. Mai 1907.

Herrn Emil Paul Wehner, z. B. 1. Vorf. d. Verb. Deutsch. Buch- u. Steinbruderei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen, Zahlstelle Zwidau.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 4. Februar 1907 mit Anlagen teile ich Ihnen mit, daß in der Versammlung des Bezirksvereins der Buchdruckereibesitzer und Zeitungserleger der Kreishauptmannschaft Zwidau am 12. Mai 1907 Ihre Anträge eingehend besprochen wurden. Aus den Mitteilungen der Kollegen aus Klagen, Crim-mitschau, Weidenau, Zwidau usw. ging hervor, daß die Löhne in den einzelnen Orten des Bezirks ganz verschieden sind, jedenfalls sind die Löhne der Anlegerinnen im allgemeinen nicht niedriger, (?) als wie im Lohnarif angegeben. In Klagen und solchen Orten, wo für weibliche Arbeitskräfte

in anderen Industrien reichliche Beschäftigung sich bietet, sind die Löhne sogar wesentlich höher. Es ergab sich aus der Aussprache, daß sich die Löhne stets nach Angebot und Nachfrage richten. Man kam daher zu dem Beschluß:

In Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse die Vereinbarung eines Lohnstarifes mit dem Hilfspersonal in den Buchdruckereien des Bezirks der Kreishauptmannschaft Zwickau abzulehnen.

Die eingereichten Vorlagen erachtet man für Großdruckstädte zutreffend, von einer Verallgemeinerung derselben auch für kleinere Druckorte aber könne nicht die Rede sein. Dagegen wurde den Kollegen der einzelnen Orte anheimgegeben, die Löhne örtlich zu vereinbaren, wenn dies notwendig erscheinen sollte.

Vorschauungsroll

H. Förster, I. Vorsitzender.

Daß wir unsere Tarifforderung garnicht an den Bezirksverein Deutscher Buchdruckereibesitzer für die Kreishauptmannschaft Zwickau gerichtet haben, sondern nur an die Gruppe Zwickau haben wir schon in Nr. 6 der „Solidarität“ erwähnt. Doch die Prinzipale haben sich um die Anerkennung des Tarifes herumgedrückt wie die Kage um den heißen Brei.

Zunächst müssen wir, damit sich die Deffentlichkeit ein Bild von dem Schachzug unsere Prinzipale machen kann, folgendes feststellen: Im Dezember 1906 wurden Löhne gezahlt in Zwickau für Anlegerinnen 6,50—9,— Mk., Bogensängerinnen, Ein- und Ausschleiferinnen 6—8 Mk. Sonstige Hilfsarbeiterinnen 5—7 Mk.; an männliche Personen wurde gezahlt: Steinschleifer 18 Mk., Stereotyparbeiter 19,50 Mk., Markthelfer, Packer und dergl. 16—19,50 Mk., Jugendliche von 14—18 Jahren 8—15 Mk. Die Löhne für die Anlegerinnen in der Parteizeitung „Sächs. Volksblatt“ betragen 11,50 Mark. Notationshilfsarbeiterinnen 10,50 Mk., Hilfsarbeiter 19,50 Mk., jugendliche Hilfsarbeiter 8 Mk.

Unsere Forderung war folgende: Saalarbeiter, Markthelfer u. dergl. pro Woche 20 Mk., Stereotyparbeiter 21,50 Mk., Notationsarbeiter 21 Mk., Hilfsarbeiter von 14—16 Jahren 10,50 Mk., von 16—18 Jahren 15 Mk., von 18—20 Jahren 18 Mk. Anlegerinnen an Schnellpressen 10,50 Mk., Linsenanlegerinnen pro Woche 50 Pf. mehr, Anlegerinnen an Tiegeldruckpressen 10 Mk., Punktierinnen 12,50 Mk., Bogensängerinnen und Aus- und Einschleiferinnen 10 Mk., Notationsarbeiterinnen 10,50 Mark, Hilfsarbeiterinnen Anfangslohn 6,50 Mk., nach 1 Jahr 7,50 Mk. Alle vereinbarte Löhne sind Mindestlöhne, die nach Ablauf von 2 Jahren um 1 Mk. erhöht werden. Nach 3 Jahren erfolgt eine Erhöhung um 2 Mk. Zu den bestehenden höheren Löhnen werden 50 Pf. Zuschlag gezahlt, nach Ablauf von 2 Jahren ein weiterer Zuschlag von 1 Mk.

Nachdem nun den Herren Prinzipalen unsere Forderungen bekannt waren, haben diese sowohl wie möglich die Löhne für das Hilfspersonal unserer Forderung angepaßt und dieselben dementsprechend erhöht. Man hat also erst die Erhöhung der Löhne für Anlegerinnen durchgeführt, und dann sind die Herren erst an die Beratung unserer Forderung herangegangen und man hat diese mit der Begründung abgelehnt, daß die Löhne schon die Höhe unserer Forderung erreicht hätten. Man wußte wohl, daß man hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen konnte, erstens hat man der Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen den Agitationsstoff genommen und zweitens kamen diese Herren auf geschickte Art und Weise um die Einführung des Tarifes herum. Doch wir sind weit davon entfernt, uns für besetzt zu erklären. Nein und abermals nein. Wir werden zu geeigneter Zeit wiederkommen, und uns dann nicht wieder an der Nase herumführen lassen, wir werden aber dann nicht aus Rücksicht auf die Prinzipale eine stufenweise Erhöhung der Löhne fordern. Denn wir müssen die Löhne verlangen, die wir gefordert haben, die Lebensmittel steigen im ganzen Bezirk ins Unermeßliche. Jahr für Jahr werden die Mieten teurer. Und wenn man will, daß man auch seine Pflichten gegen Staat und Gemeinde nachkommen soll, so sind unsere Forderungen berechtigt. Für die Zukunft aber, daß mögen sich unsere Kollegen und Kolleginnen gesagt sein lassen, da erwächst uns die Aufgabe, unablässig für unsere Organisation zu agitieren. Jedes Mitglied sei ein tätiger Pionier. Laßt durch diese kleine Schlappe den Mut nicht sinken, schlägt die Kralanz,

erwerbt neue Kämpfer, damit wir die Offensive ergreifen können, und wir werden dann den Herren Prinzipalen zeigen, daß auch mit uns nicht gut Kirchengessen ist. Wir werden versuchen in der gesamten Kreishauptmannschaft Zwickau festen Fuß zu fassen. (In Klauen ist uns dies gelungen.) Dabei müßt Ihr aber Eure Vertrauensleute unterstützen und Euch freudig der Arbeit unterziehen, die Euch bei der Agitation angewiesen wird; denn wenn jedes Mitglied seine Pflicht tut, kommen wir immer unzerem Ziele näher. B. M.

Rus Magdeburg.

Die allgemeine Tarifbewegung, die von den Leipziger Verhandlungen ausgehend, durch ganz Deutschland zog, hat in Magdeburg guten Boden vorgefunden. Als vor etwa 2 Jahren die hiesige Ortsverwaltung an die Prinzipals-Organisation herantrat zwecks Schaffung eines Tarifes, da wurde sie mit nichtsagenden Redensarten abgewiesen. Und das konnten sie auch tun, waren doch von ca. 250 organisationsfähigen Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen kaum 50 organisiert.

Wir waren gezwungen, von einem Kampfe abzusehen und alle Kräfte auf die Organisationsarbeit zu konzentrieren. Als wir kurz vor den Leipziger Verhandlungen wieder an die Prinzipale herantraten, da trafen wir willigere Ohren. Hat doch die Mitgliedschaft die 150 längst überschritten und diese waren entschlossen, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einen eventuellen Kampf mit allen seinen Konsequenzen durchzuführen. Ein von uns vorgelegter Tarifentwurf wurde in 6 Druckereien (den bestorganisierten) sofort akzeptiert und Verhandlungen über nähere Ausgestaltung eingeleitet, als die Verhandlungen in Leipzig dieselben zum Stillstand brachten. Nachdem die „Allgemeinen Bestimmungen“ veröffentlicht waren und der Hauptvorstand zum Abschluß von örtlichen Tarifen aufforderte, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und endgiltig durchgeführt.

In einer öffentlichen Versammlung am 14. April erstattete der Vorsitzende der Zahlstelle, zugleich Vorsitzender der Tarifkommission, Kollege Paul Gaflein, Bericht über die Verhandlungen, an der auch, im Auftrage des Hauptvorstandes, Kollege Moritz Berlin teilnahm. Als Grundlage diente der vorhin erwähnte Lohnstarifentwurf, ferner der im Januar d. J. in Leipzig zustande gekommene Lohnstarif. Redner ging die einzelnen Bestimmungen durch, die sich im wesentlichen mit den in Leipzig beschlossenen decken. Hierauf erhielt Kollege Klein das Wort, der über den materiellen Teil des Tarifes referierte. Er erinnert zunächst an die letzte Statistik, wonach die Löhne in Magdeburg einen bedauerlichen Tiefstand aufweisen. Der Durchschnittslohn für Anlegerinnen war damals 8—9 Mk., aber Löhne von 6 und 7 Mark gehörten nicht zu den Seltenheiten, ja, eine Steindruckerei bezahlte sogar keine Anlegerinnen mit den fürsichlichen Löhnen von 4—5 Mk.

Auch die Bezahlung der Hilfsarbeiter war keine besonders günstige und die der Nachtarbeiter geradezu erbärmlich bei 12—14-stündiger Arbeitszeit. — Nach allen diesen Voraussetzungen ist der abgeschlossene Tarif immerhin ein wesentlicher Fortschritt, besonders wenn man erwägt, daß dadurch stabile Verhältnisse geschaffen werden und der willkürlichen Lohnfestsetzung ein Riegel vorgehoben wird.

Die wesentlichen Positionen des Lohnstarifes sind folgende:

Hilfsarbeiter von 16—18 Jahren 15 Mk., von 18—20 Jahren 18 Mk., über 20 Jahren 20 Mk.

Nachtarbeiter (Notations-, Stereotyparbeiter und Halzer) erhalten je 1,— Mk. pro Woche mehr. Alle noch nicht zum Normallohn entlohten Hilfsarbeiter erreichen durch vierteljährliche Zulagen, spätestens am 1. April 1908 den oben festgesetzten Normallohn.

Die Lohnsätze in Zeitungsdruckereien mit Nachtbetrieb unterliegen besonderen Abmachungen, sie dürfen jedoch nicht niedriger sein als solche für Tagesarbeiter.

Hilfsarbeiterinnen. Anlegerinnen an Buchdruck-Schnellpressen 11 Mk.

Lernende erhalten im ersten Vierteljahr 6 Mk., im zweiten 7,50 Mk., im dritten 8,25 Mk., im vierten 9 Mk., im fünften 10 Mk., im sechsten 11 Mk.

Anlegerinnen an Steindruck- und Lichtdruck-Schnellpressen sowie an Tiegeldruckpressen 10,50 Mk. Lernende erhalten im ersten Vierteljahr 6 Mk., dann steigend jedes Vierteljahr um 0,75 Mk. bis zum Normallohn von 10,50 Mk.

Alle noch nicht zum Normallohn entlohten Hilfsarbeiterinnen erreichen durch vierteljährliche Zulagen spätestens am 1. April 1908 den Normallohn.

Sieht der Maschinenmeister im Stücklohn, so erhöhen sich die Sätze für Flachdruckmaschinen um 0,50 Mk., für Notationsmaschinen um 1,— Mk.

Arbeiterinnen, welche nicht als Anlegerinnen beschäftigt werden, erhalten, sofern solche nachweisbar schon zwei Jahre in Druckereibetrieben tätig gewesen sind, im Alter bis zu 18 Jahren 8 Mk., über 18 Jahre 9 Mk. pro Woche.

Für Bronzier- oder Fubearbeiten an nicht staubfreien Maschinen, sowie für Abstauben wird, sofern die Arbeit länger als einen halben Tag andauert, eine Extraentschädigung von 5 Pf. pro Stunde gewährt.

Die Ueberstunden-Entscheidung entspricht den allgemeinen Bestimmungen.

Sind auch die hier festgesetzten Löhne keine besonders hohen, entsprechen sie auch nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, so sind sie doch ein wesentlicher Fortschritt gegen die bis jetzt üblichen Löhne.

Die Sünden, die durch die jahrelange Ungleichgiltigkeit der Kollegen und Kolleginnen begangen wurden, können jetzt nur schrittweise gutgemacht werden. Es gehört aber jetzt auch die Mitarbeit aller dazu, um die im Tarif festgesetzten Positionen in sämtlichen hiesigen Druckereien zur Einführung und genauer Einhaltung zu bringen. Erfüllt jeder seine Pflicht in der Organisation und werden die noch abseits Stehenden aufgeklärt, so können wir in fünf Jahren, wenn der jetzige Tarif abläuft, unsere Positionen so gestalten, daß sie den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde der Passus besonders von den Nachtarbeitern kritisiert, wonach die Lohnsätze in Zeitungsdruckereien mit Nachtbetrieb besonderen Abmachungen unterliegen. Eine entsprechende Resolution, in der dieser Passus als unannehmbar erklärt wird, wird einstimmig angenommen.

(Durch eine Intervention des Vorsitzenden beim Prinzipalsvertreter Herrn Frieze wurde der beanstandete Passus im folgenden Zusatz erweitert: „Dürfen jedoch nicht niedriger sein als solche für Tagesarbeiter.“ Dadurch ist wohl diese Angelegenheit erledigt. Der Schrift.)

Mit dem Tarife erklärten sich sämtliche Redner einverstanden und wurde, als Extrakt folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 14. April 1907 in „Richardis Festhän“ tagende öffentliche Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Magdeburgs erklärt sich mit dem von den beiderseitigen Tarifkommissionen ausgearbeiteten örtlichen Lohnstarif einverstanden und erwartet, daß dessen Durchführung seitens der Prinzipale keine Schwierigkeiten entgegengelegt werden.“

Nachdem noch der Vorsitzende erklärte, daß auch die Prinzipale in einer Versammlung den Tarif angenommen haben, erfolgte Schluß der öffentlichen Versammlung.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen, frisch an die Arbeit! Stelle sich ein jeder unweigenig in den Dienst der Organisation, damit in absehbarer Zeit alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Mitglieder des Verbandes werden, um so einmütig unsere großen Ziele entgegenzugehen. B. S.

Korrespondenzen.

Berlin I. Versammlung vom 15. Mai. Die- selbe war recht gut besucht. Kollegin Leske gab zunächst den Bericht von mehreren Druckerei-Versammlungen, die zum Teil schon aus Anlaß der Tarifeinführung notwendig wurden und deren noch mehrere für die nächste Zeit in Aussicht genommen sind. Dieselben sollen den Zweck verfolgen, die Vorteile des Tarifes möglichst allgemein bekannt zu geben, damit alle noch unorganisierten schon im eigenen Interesse baldigst Aufnahme in unseren Reihen nachsuchen. Zum 2. Punkt gab Kollegin Michelmann den Vierteljahres-Rassenbericht. Kollegin Hanna bestätigt, daß die Revisionskommission

Bücher und Belege übereinstimmend gefunden hat, wofür der Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. In das Tarifschiedsgericht wurde Kollegin Hornmuth als Vorsitzende, die Kolleginnen Schütz und Kürbs als Stellvertreterinnen gewählt. Unter Vorsitzenden teilt Kollegin Feste mit, daß das von den Zahlstellen I und II arrangierte Sommerfest 1906 einen Ueberflus von insgesamt 800 Mk. ergeben hat, welche Summe, da der Reinertrag des Sommerfestes zu Gunsten des zu dieser Zeit streikenden und ausgeperrten Steindruckerei-Personals bestimmt war, an die Verbandskasse abgeliefert wurde. Das diesjährige Sommerfest findet am 21. Juli wieder im selben Lokal in Treptow statt, zu dem sie rege Beteiligung erbittet. Zum Schluß macht die Kollegin Feste noch auf die Differenzen im Bäckergewerbe aufmerksam und erucht die Mitglieder im Streikfalle der Bäckergehilfen, ihre Waren nicht von gesperrten Firmen zu beziehen, um so den Streikenden zum Siege zu verhelfen.

Berlin II. Die am 12. Mai tagende Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Wahl der Vertreter zum Tarifschiedsgericht. Nach eingehender, teilweise sehr erregter Debatte wurde als Vorsitzender Kollege Bucher und als Vorsitzender-Stellvertreter Kollege Baumgarten einstimmig gewählt. (Magen seitens der Kollegen sind nur an Kollegen Bucher zu richten.) Als Beisitzer wurde Kollege Gloth und als Beisitzer-Stellvertreter wurden die Kollegen Land und Spalhoff gewählt. Nachdem ein Antrag des Kollegen Selle, noch die Wahl der Revisoren vorzunehmen, abgelehnt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin III. Am 11. d. Mts. fand im Graph. Vereinshaus eine Branchenversammlung der Steinschleifer mit folgender Tagesordnung statt: „Die Gansja-Schleifmaschine und welche Aufgaben haben unsere Berufskollegen im Hilfsarbeiterverband.“ Das Referat hatte Kollege Lust übernommen, und entlegte sich dieser seiner Aufgabe zur Zufriedenheit aller anwesenden Kollegen. In speziellen Ausführungen über den sogenannten „Eisernen Bruder“ ging der Referent des Näheren auf die noch vorherrschende Laichheit der Kollegen ein und wies nach, daß noch viele Kollegen, wenn sie auch Mitglied sind, ihre Pflicht nicht erfüllen, indem sie sich noch abheilen stellen und unseren weiblichen Kollegen den Wert der Organisation nicht klar machen. Des weiteren streifte Redner den Nachweis bei Hermann, der ein Streikschaden für die Kollegenschaft ist und empfahl, solchen Kollegen mehr auf die Finger zu legen. Zum Schluß besprach Kollege Lust noch das Vorgehen unserer Kollegen und Kolleginnen der Zahlstellen I und II, die sich geordnete Verhältnisse durch Tarife geschaffen haben, was nur möglich war durch geschlossenes Vorgehen gegen die Unternehmer. Redner ermahnt zur Nachahmung. In der Diskussion sprachen im Sinne des Referats die Kollegen Weber, Fraude, Bassus, Kose, Orlik, Henkel, Weiss und Duagge. Kollege Mühlenerlein schloß die stark besuchte Schleiferversammlung mit einem Appell, auch die letzten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unserer Organisation zuzuführen.

(Die Kollegen der Firma Gensch, wo zwei derselben Vorstandsstellen sind, glänzten durch Abwesenheit. Anmerk. des Berichterstatt.)

Bremen. Versammlung vom 7. Mai. Nach Verlesung des Protokolls spricht Kollege Schab über die Fortschritte unserer Tarifbewegung. Ferner wird eine Umfrage bei den anwesenden Vertretern der einzelnen Firmen veranstaltet, ob die Abmachungen auch überall eingehalten werden. Das Ergebnis veranlaßt Kollegen Schab zu einer nochmaligen Rücksprache mit dem Prinzipalvorsitzenden. Ueber die Wahl der Arbeitsnachweiserin entspinnt sich eine längere Debatte, nach deren Schluß Kollegin Falke gewählt wurde, welche auch den Kassierposten übernimmt. Als zweite Schriftführerin wird Kollegin Warnen gewählt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Chemnitz. Versammlung vom 7. Mai. Gen. Müller hielt einen Vortrag über Tarifverträge. In 1 1/2-stündigen Ausführungen setzte er das Wesen von Tarifverträgen und deren Abschluß auseinander und hob besonders hervor, daß nur eine starke Organisation imstande ist, die Unternehmer zu tariflichen Abmachungen zu veranlassen. Uebergehend auf die hiesigen Verhältnisse, ersuchte der Redner die Anwesenden, fest und treu zusammen zu stehen und die Organisation auszubauen, damit auch in Chemnitz endlich bessere Zustände geschaffen werden können. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Diskussion. Bei den hierauf vorgenommenen Er-

gänzungen wurde Kollege Weise als zweiter Vorsitzender und die Kollegin Toni Landgraf als Schriftführerin gewählt.

Leipzig. In der am 8. Mai im Pantheon abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Genosse Menz über: „Die Grundzüge aus der Lehre Darwins“. Er ging von dem Standpunkt aus, daß die in der Schule gelehrte biblische Schöpfungsgeschichte schon längst von der Wissenschaft widerlegt sei, so daß selbst aus Lehrertreuen die Anregung gekommen sei, die Entstehung aller Lebewesen den Kindern nicht nach der biblischen Auffassung, welche sich überlebt habe, lehren zu müssen, sondern diesen Lehrstoff mehr den Forschungen der Wissenschaft anzupassen. Der Referent erklärte sodann das Zellenystem als Urbestandteil jedes Lebewesens, um sodann auf die Abstammungslehre des englischen Naturforschers Charles Darwin, die im Anfang sehr bekämpft wurde, aber jetzt auf allen Hochschulen als Wissenschaft gelehrt wird, einzugehen. Es ist ein Irrtum, wenn vielfach geglaubt würde, Darwin habe gelehrt, daß der Mensch vom Affen abstamme; im Gegenteil sei der Affe, wenigstens die höher entwickelten Arten, ein dem Menschen am nächsten stehendes Geschöpf, ein Beweis, daß eine gewisse parallele Blutsverwandtschaft zwischen beiden besteht, die darauf hinweist, daß beide, Mensch sowie Affe, aus ein und derselben Familie stammen. Der Vortragende ging sodann auf die Embryologie ein, dabei erwähnend, daß der Mensch in seiner Entwicklung im Mutterleibe alle die Formen durchmacht, die er jahrausende hindurch bis zu seiner heutigen Vollendung durchgemacht hat. Bei jedem Lebewesen ist der Fortpflanzungstrieb entwickelt, bei einem mehr als wie beim andern, jedoch dadurch ein Kampf ums Dasein entstehe, bei welchem stets der als Sieger hervorgehe, der am stärksten und sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen wisse. Wenn nun das Menschengeschlecht unter der Ausbeutung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise in seiner Entwicklung gehindert werde, möge jeder darum dazu beitragen durch engen Zusammenschluß innerhalb der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisation bessere Verhältnisse herbeizuführen, in welchen sich das Menschengeschlecht besser entwickeln und weiter bilden kann, damit schloß der beifällig aufgenommene Vortrag. Hieran erstattete Kollege Kresschmar Bericht über die von der Revisionskommission vorgenommene Revision, dieselbe hatte alles in bester Ordnung gefunden, und er bedauert, daß die Mitteilungen des Revisors Kollegen Loosmann auf falscher Auffassung beruhen, wodurch ein gewisses Mißtrauen in die Mitgliederkreise getragen worden sei, was das Ansehen des Kassierers nicht gefördert habe; er wünscht weiter, daß in Zukunft bei ähnlichen Fällen die Revisoren beim Kassierer sich Aufklärung verschaffen, damit derartige Zwischenfälle vermieden bleiben. Kollege Herrmann debattiert sodann den geringen Besuch der Versammlung, jedoch sich die Verwaltung genötigt sieht, die Versammlungskontrollkarten nach jeder dritten Versammlung einzuziehen und das Resultat druckweise in einer Versammlung bekannt zu geben. Weiter teilt er mit, daß die nächste Versammlung am 25. Mai in Stötteritz mit dem Vortrag: „Die Macht des Aberglaubens“ stattfindet. Gleichzeitig fordert er diejenigen Mitglieder, welche Halbmitglieder im Senefelderbund sind, auf, scheinung ihre Buchnummer des Bundes auf dem Verbandsbureau abzugeben. Das Sommerfest findet am Sonntag, den 14. Juli, im Albertgarten statt und werden hierzu die Kolleginnen Lange, Anna Arnold und Kühnert, sowie die Kollegen Kohl und Willig als Festkomitee gewählt. Kollege Schulze teilt noch mit, daß der Tarif auch bei Wegel & Raumann eingeführt sei. Ferner macht er darauf aufmerk-

sam, daß die in dem Tarif nicht festgelegte 1/4-stündige Pause bei mehr als 2 Ueberstunden des Abends nicht etwa im Wegfall kommen soll, sondern überall wo sie für das Hilfspersonal bis dato bestanden hat, soll sie ferner auch eingehalten werden mit der Berührung auf § 18 des Tarifs. Nachdem Koll. Herrmann zur regen Beteiligung an den Himmelfahrtsausflug aufgefordert hatte, schloß er die Versammlung.

Rundschau.

Arbeiterinnenjubiläum. Auf eine 25-jährige Tätigkeit als Anlegerin in der Firma Union Deutsche Verlagsgesellschaft konnte unsere Kollegin Frau Marie Schlichter bed. vor kurzem zurückblicken. Am Jubiläumstage schmückten die Kolleginnen den Arbeitsplatz der Jubilarin und überreichten ihr einige sinngemäße Geschenke. Auch die Geschäftsleitung erinnerte sich des Tages und bedachte die Kollegin mit einem Geldegescheft.

Der Bäckerkreis in Berlin. Die Bäckergehilfen Berlins und Umgegend sind in einen ausichtsreichen Kampf eingetreten. Der Hochmut und die Probenhaftigkeit der Bäckereimeister wurden wohl durch die Bewegung im Jahre 1904 eingedämmt und es kam im Vorjahre zu einem halbwegs befriedigenden Tarifabschluß. Aber auch diesen umgingen die Inneungsmeister nach jederer Richtung hin und versuchten durch Tarifbrüche die ganzen Abmachungen illusorisch zu machen. Das Verlangen der Geseilschaft, die Differenzen einer unparteiischen Instanz, dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichtes zur Schlichtung zu unterbreiten, haben die Meister strikte zurückgewiesen. Ebenfalls lehnten sie eine Vermittelung des Oberbürgermeisters Krichner ab. Dies hat die Langmut der organisierten Bäckereiarbeiter endlich erschöpft und sie traten am Abend des 28. Mai geschlossen in den Ausstand. Die Hauptforderungen sind:

1. Abschaffung des Kost- und Logiswensens beim Arbeitgeber.
2. Schaffung eines Minimallohnes von 23 Mk.
3. Bessere unparteiische Regelung des Arbeitsnachweises.
4. Eine Arbeitswoche von 6 mal 10 bis 12 Stunden.

Diese so sehr bescheidenen Forderungen durchzudrücken, haben nicht allein die kämpfenden Bäckergehilfen, sondern auch die konsumierende Bevölkerung ein Interesse. Sie ist es, die Ware verbraucht, die von kranken, ermatteten Arbeitern in ungelunden, unauberen Räumen hergestellt wird, die Ware, an der der Krankheitskeim schlecht ernährter und widerstandsunfähiger Leute haftet. Daher hat die Bevölkerung, in erster Linie die Arbeiterklasse, die Pflicht, den um das bischen Luft und Licht ringenden Bäckern ihre volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Bis jetzt ist der Widerstand von ca. 300 Bäckereimeistern gebrochen. Der Sieg muß aber ein vollständiger werden. Daher geht an alle Berliner Kollegen und Kolleginnen der Appell: Bezieht Euer Brot und Eure Wadware nur von ihren Firmen, die die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter bewilligten.

Todesanzeige.

Am 2. Pfingstfeiertage starb nach schwerer Krankheit unsere Kollegin, Frau

Marie Rehbein

geb. Fischer.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Bremen.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin, Zahlstelle II.

Am 17. Mai, nachmittags 4 Uhr, verstarb nach kurzem aber schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Gustav Sternitzky

im Alter von 49 Jahren.

In dem für uns zu früh Verstorbenen, der seine ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellte, verlieren wir einen unserer Treuesten und Besten, dem wir ein dankbares Andenken bewahren.

Der Vorstand der Zahlstelle II.